

KURZPROTOKOLL

der 39. Sitzung des Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 1. Juni 2023, 15:31 Uhr,
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Enrico Schult

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zur

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Beteiligungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Geschäftsjahre 2019 bis 2021)**

- Drucksache 8/1804 -

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

8. Wahlperiode

- Finanzausschuss -

Anwesenheitsliste

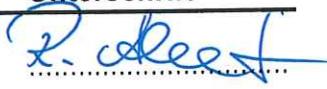
39. Sitzung am 1. Juni 2023, 15:30 Uhr,

Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitzender: Tilo Gundlack (SPD)

Stellv. Vorsitzender: Enrico Schult (AfD)

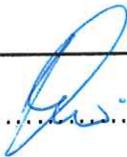
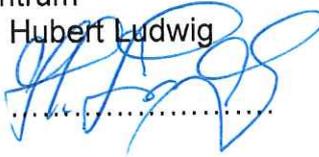
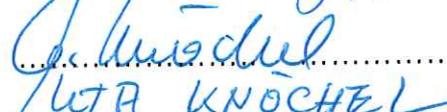
1. Mitglieder des Ausschusses

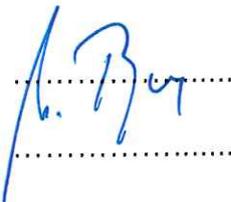
Fraktion	Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
SPD	Gundlack, Tilo	Albrecht, Rainer	
	Klingohr, Christine	da Cunha, Philipp
	Stamer, Dirk		Mucha, Ralf
	Winter, Christian		Schiefler, Michel-Friedrich
	Dr. Wölk, Monique		Dr. Schröder, Anna-Konstanze	
	Würdisch, Thomas		Tegtmeier, Martina
				
AfD	Schmidt, Martin		Meister, Michael
	Schult, Enrico		Timm, Paul-Joachim
			Schulze-Wiehenbrauk, Jens
CDU	Berg, Christiane		Ehlers, Sebastian
	Reinhardt, Marc		Glawe, Harry
			Renz, Torsten
			Schlupp, Beate
			Waldmüller, Wolfgang

Fraktion	Ordentliche Mitglieder Name	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder Name	Unterschrift
DIE LINKE	Koplin, Torsten		Rösler, Jeannine
		
		
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Dr. Terpe, Harald		Damm, Hannes
			Oehrich, Constanze
			Shepley, Anne
			Wegner, Jutta
			FDP	Domke, René
		Becker-Hornickel, Barbara	
		Enseleit, Sabine		
			Wulff, David

**Teilnehmer an der öffentlichen Anhörung
anlässlich der Beratungen zur**

Unterrichtung durch die Landesregierung
**Beteiligungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Geschäftsjahre 2019 bis 2021)**
- Drucksache 8/1804 -

Institution/ Einrichtung	Name (bitte Druckschrift)	Funktion	Unterschrift
Rostock Port GmbH	Jens A. Scharner	Geschäftsführer	
Invest in M-V GmbH		Teilnahme abgesagt	
Mecklenburgisches Staatstheater GmbH	Christian Schwandt 	Kfm. Geschäftsführer
LGE M-V GmbH	Robert Erdmann 	Geschäftsführer
DVZ - Datenverarbeitungszentrum M-V GmbH	Hubert Ludwig 	Geschäftsführer	  UTA KNÖCHEL
Verwaltungsgesellschaft Lotto und Toto in M-V mbH	Dr. Ait Stapelfeld	Geschäftsführer 
BioCon Valley GmbH	Lars Bauer	Geschäftsführer	
	Heike Anna Hildebrand	Verwaltungsleiterin	
Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung Schwerin mbH		Teilnahme abgesagt	

Institution/ Einrichtung	Name (bitte Druckschrift)	Funktion	Unterschrift
Landesforstanstalt M-V als A.ö.R.	Manfred Baum	Vorstandsvors.	
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften	Prof. Dr. Michèle Morner		Teilnahme abgesagt
IAG - Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH			Teilnahme abgesagt
Landgesellschaft M-V GmbH	Daniela Degen-Lesske 	Geschäftsführerin
Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH	Prof. Dr. Ulf Papenfuß		Teilnahme abgesagt

Beginn: 15:31 Uhr

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zur

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Beteiligungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Geschäftsjahre 2019 bis 2021)**

- Drucksache 8/1804 -

Stellv. Vors. **Enrico Schult** begrüßt die Anwesenden zu der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses. Da der Vorsitzende heute terminlich verhindert sei, habe er ihn gebeten, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Er danke den Anzuhörenden dafür, dass Sie sich die Zeit genommen hätten, den Abgeordneten ihre Fragen teils schriftlich zu beantworten und teils auch heute persönlich mit ihrem Sachverstand bei der Beratung des Beteiligungsberichtes behilflich zu sein.

Die vorab zugesandten schriftlichen Stellungnahmen lägen auf den ADRs. 8/826 bis 8/826-4 vor. Die Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung Schwerin mbH, die Invest in Mecklenburg-Vorpommern GmbH, die Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH, Frau Professorin Dr. Morner sowie Herr Professor Dr. Papenfuß könnten heute aufgrund anderweitiger terminlicher Verpflichtungen nicht an der Anhörung teilnehmen. Seitens der Invest in Mecklenburg-Vorpommern GmbH und der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH lägen aber schriftliche Stellungnahmen vor.

Für diejenigen, die bislang noch keine Gelegenheit gehabt hätten, an einer Anhörung im Landtag teilzunehmen, erläutert er einleitend die Verfahrensweise:

Da es sich um eine öffentliche Anhörung handele, sei die Öffentlichkeit zugelassen und hergestellt. Er weise aber darauf hin, dass nur die Abgeordneten des Landtages und die Sachverständigen das Wort ergreifen dürften. Sowohl Zwischenrufe als auch Beifall oder Unmutsbekundungen seitens der Zuhörer seien unzulässig.

Den Abgeordneten gehe es darum, unterschiedliche Interessenvertreter zu Wort kommen zu lassen. So hätten die einzelnen Fraktionen auch Vorschläge zur Anhörung unterbreitet.

Zu Beginn habe je ein Vertreter der eingeladenen Institutionen die Gelegenheit, seine Stellungnahme in einem Beitrag von maximal fünf Minuten vorzustellen. Er bitte um Verständnis dafür, dass er auf die Einhaltung dieser fünf Minuten achten werde, um

den Abgeordneten genügend Zeit für Nachfragen zu ermöglichen. Er werde die Anzuhörenden nacheinander für das Eingangsstatement aufrufen, zunächst Herrn Scharner von der Rostock Port GmbH.

Herr **Jens A. Scharner** (Geschäftsführer Rostock Port GmbH) bedankt sich für die Einladung zur Anhörung. Die Rostock Port GmbH sei der Hafенbetreiber in Rostock und befinde sich zu 24,9 % im Besitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zu 75,1 % im Besitz der Hansestadt Rostock. Seine Gesellschaft empfinde die Beteiligungsverwaltung des Landes als sehr konstruktiv und die Zusammenarbeit als gut. Man habe bisher nur positive Feststellungen treffen können, auch bei den Herausforderungen und der Herangehensweise. Er wolle dies an einem Beispiel exemplarisch darstellen, was er für die Beurteilung von Beteiligungen des Landes an kommunalen, privat geführten Unternehmen für wichtig halte. Seine Gesellschaft habe vor knapp zwei Jahren entscheiden müssen, ob man sich als kommunales Unternehmen bei einem Startup zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern beteilige. Die Chance sei konkret gewesen, im Rahmen eines IPSEI-Projektes - eines geförderten Projektes - zu versuchen, ein Leuchtturmprojekt im Land zu initiieren. Mit dem neu verteilten Beteiligungshandbuch stelle sich die Frage, ob dies eigentlich zum Narrativ des Landes passe. Er sei dankbar, dass trotzdem mit der Beteiligungsverwaltung und mit dem Ministerium ermöglicht worden sei, die Initialzündung für ein solches Projekt in Rostock zu starten und als Gesellschaft die Chance für dieses Risiko zu haben, wo keine privaten Investoren im Land die Verantwortung übernehmen würden, natürlich mit Beteiligung der Gesellschafter. Dies sei schon etwas ungewöhnlich und habe zu mehr Rückfragen beim LRH bezüglich der Genehmigungsfähigkeit etc. geführt. Dies alles habe gut funktioniert und man warte jetzt auf die Pre-Notifizierung der Kommission, um das Projekt voranzutreiben. Dies sei nicht materialisiert, er könne also nicht versprechen, dass es funktioniere, aber er könne bestätigen, dass die Chance des Landes daraus nicht bestanden hätte, wenn die Gesellschaft nicht Gesellschaftsanteile übernommen hätte und gewisse Mehrheitsrechte im Sinne des Landes ausgeübt werden könnten. Solche Chancen würden ohne die Möglichkeit von Gesellschaften, solche Investitionen und Beteiligungen einzugehen, nicht bestehen.

Herr **Christian Schwandt** (Kaufm. Geschäftsführer Mecklenburgisches Staatstheater GmbH) erklärt, dass es ihm um zwei Punkte gehe, die Lage des Mecklenburgischen Staatstheaters in den Jahren 2019 bis 2021 sowie die wichtigsten Probleme in der

Gegenwart und nahen Zukunft. Durch die vielen unterschiedlichen Krisen sei der Beteiligungsbericht des Landes vor neue Herausforderungen gestellt. Der vorliegende Bericht gebe Auskunft über die Jahre 2019 bis 2021, in denen das Land und auch das Mecklenburgische Staatstheater durch die Corona-Krise „durchgeschüttelt“ worden seien, aber diese Krise liege weit zurück. Die Corona-Krise sei eine Herausforderung gewesen, mit der das Mecklenburgische Staatstheater gut habe umgehen können. Das Eigenkapital sei in den drei Jahren das erste Mal in den 30 Jahren nach der Wende gestiegen, und zwar von 1.210 TEUR auf 2.270 TEUR. Noch wichtiger sei gewesen, dass man einen Sonderposten auf der Passivseite habe aufbauen können, mit dem die neuen Herausforderungen der Jahre 2022 und 2023 so hätten geführt werden können, wie es sich für ein ordentlich geführtes öffentliches Unternehmen gehöre. Eine notwendige Bedingung für dieses Vorgehen sei die Konzentration der Geschäftsführung auf die Liquidität der Gesellschaft gewesen. Parallel zum Anwachsen des Eigenkapitals und des Sonderpostens seien auch die Liquiditätspositionen der Gesellschaft gestiegen. Die ausgewiesenen 5,8 Mio. Euro Umlaufvermögen in 2021 bestünden zu über 80 % aus Bankguthaben. Im September 2021 sei der Theaterpakt durch die Landesregierung und das Mecklenburgische Staatstheater unterzeichnet worden, der die Grundfinanzierung des Theaters bis ins Jahr 2028 regele, und zwar zum damaligen Zeitpunkt auskömmlich, denn damals habe die Inflationsrate noch 1,5 % betragen, in den Jahren 1995 bis 2020 habe die jährliche Inflationsrate nur drei Mal über 2 und bis 3 % gelegen.

Hinsichtlich der wichtigsten Probleme der Gegenwart und der nahen Zukunft führt er aus, dass sich inzwischen die Rahmenbedingungen für das Mecklenburgische Staatstheater und die anderen Theater und Orchester grundlegend geändert hätten. Ursache sei der Überfall auf die Ukraine, in dessen Folge sich die Energiepreise und die Inflationsrate massiv erhöht hätten. Das Mecklenburgische Staatstheater werde insbesondere seit der Corona-Krise ganz überwiegend durch Zuschüsse finanziert. Am Beginn der Inflation hätte man die Preise erhöhen müssen, doch dann wären noch weniger Zuschauer gekommen als ohnehin schon. Am Markt hätten in der Übergangszeit nach Corona keine Preiserhöhungen durchgesetzt werden können. Hinzu komme ein gravierendes Kostenproblem. Mehr als 80 % der Aufwendungen seien Personalkosten. Von den ständigen Mitarbeitern des Mecklenburgischen Staatstheaters erhielten 100 Mindestlohn oder Mindestgage. Zum 01.09.2022 bzw. zum 01.10.2022 seien Mindestgage und Mindestlohn um 25 bis 30 % erhöht worden, was im Kalenderjahr 2023

allein Zusatzkosten von 400 TEUR verursache. Hinzu kämen die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst von 1,1 Mio. Euro in 2023 und 2,6 Mio. Euro in 2024. Weitere massive Inflationspreiserhöhungen betreffen z.B. den Stundensatz für einen Feuerwehrmann, der bei jeder größeren Theatervorstellung dabei sein müsse und sich von 28 auf 56 Euro pro Stunde erhöht habe. Die Heizkosten für das Theater hätten im Januar 2021 bei 19,3 TEUR, 2022 bei 34 TEUR und 2023 bei 98 TEUR gelegen. Diese Kostenerhöhungen überstiegen die durch den Theaterpakt garantierten Zuschusserhöhungen von 500 TEUR pro Kalenderjahr erheblich. Deshalb sei es abzusehen, wann das Mecklenburgische Staatstheater, wie auch alle anderen Theater des Landes und bundesweit, wieder in eine schwierige finanzielle Lage kommen würden. Am Mecklenburgischen Staatstheater werde etwa ein Drittel der ständigen Mitarbeiter im Mindestlohnbereich vergütet, beim Theater Anklam seien dies 80 bis 90 % und bei den Theatern Neubrandenburg/Neustrelitz, Greifswald/Stralsund und Rostock 30 bis 90 %. Vor diesem Hintergrund habe die Mindestloohnerhöhung im Oktober 2022 in Mecklenburg-Vorpommern eine ganz andere „Wucht“ als z.B. in Hamburg, Köln oder München. Die Mindestloohnerhöhung und die Erhöhung der Tarife im öffentlichen Dienst würden die Planungs- und Finanzierungssicherheit, die man durch den Theaterpakt gewonnen habe, wieder aufheben. Beim Mecklenburgischen Staatstheater werde dies erst im Jahr 2024 zu Problemen führen, bei allen anderen Theatern etwa ab dem 15. November 2023.

Herr **Robert Erdmann** (Geschäftsführer LGE Mecklenburg-Vorpommern GmbH) führt aus, dass sich die LGE M-V GmbH im Bereich der Stadterneuerung und -entwicklung engagiere. Bei der Gründung 1993 habe das landespolitische Interesse darin bestanden, die Kommunen bei der Siedlungsentwicklung und dem Wiederaufbau der Städte zu unterstützen. So sei man im Wesentlichen auch heute noch Partner der Kommunen im Land, mit den zwei Säulen Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Man arbeite haushaltsunabhängig und sei für den wirtschaftlichen Erfolg eigenständig verantwortlich. Eine Besonderheit sei, dass man mit der Landgesellschaft M-V mbH und deren Töchtern einen Unternehmensverbund bilde. Die Landgesellschaft M-V mbH halte 94 % der Landesanteile an der LGE M-V GmbH. Die Frage nach möglichen Synergien bejaht er. So könne man mit nur 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Spitzenjahren einen Leistungsumfang von rund 20 Mio. Euro Umsatz im Treuhandgeschäft und 20 Mio. Euro Umsatz in der Flächenentwicklung generieren. Dies funktioniere vor

allem auch über die Gestellung von Overhead-Leistungen, aber auch über operative Personalkapazitäten von der Landgesellschaft M-V mbH. Ein weiterer Aspekt sei, dass man keine eigenen Planungen im Land anbiete und erfülle und daher ein wichtiger Auftraggeber für Planungsbüros und die Bauwirtschaft im Land sei. Bisher sei die Beteiligungsstruktur des Landes stark dezentral geprägt und so strukturiert gewesen, dass die strategischen Ziele des Landes durch den Gesellschaftsvertrag und die Besetzung und Mitwirkung in den Gremien sichergestellt worden seien. Da die Details des zukünftigen Beteiligungsmanagements bisher noch nicht in Gänze bekannt gewesen seien, sei auch die Stellungnahme etwas „dünn“ ausgefallen.

Zum operativen Geschäftsfeld merkt er an, dass seines Erachtens die Betrachtung reiner Kennziffern für die Beurteilung des operativen Geschäftsfeldes, insbesondere der LGE M-V GmbH, schwer möglich sei. So sei für die Kommunen die Leistung als Sanierungsträger und Beauftragter für den Stadtumbau eine Leistung von wesentlicher Bedeutung, rein wirtschaftlich für das Unternehmen aber eher eine zurückhaltende Größe. Die Entwicklung von bereits vorgenutzten Flächen, also ehemalige Industrie-Brachen oder landwirtschaftliche Technik-Stützpunkte, seien ferner wirtschaftlich deutlich riskanter und nicht so rentabel, wie das Bauen auf der „grünen Wiese“, aber deutlich bedeutender im Sinne von Flächenschonung und Nachhaltigkeit. Diese beiden Beispiele würden zeigen, dass man sich bei der Beurteilung der Gesellschaften über die Kennziffern hinaus inhaltlich mit den Geschäftsfeldern der Unternehmen befassen müsse.

Für die Geschäftsführung sei es wichtig, dass die satzungsgemäßen Aufgaben im Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen betrachtet würden und man in die Lage versetzt werde, operativ darauf zu reagieren. Dies erfolge derzeit in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates und Akteuren der Fachministerien - in diesem Fall der Bauabteilung des Innenministeriums - sehr erfolgreich. Da die Mitarbeiterzahl überschaubar sei, wünsche man sich, keine zusätzlichen erheblichen BerichtsDarstellungen über das hinaus, was bereits im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen und des Jahresabschlusses geleistet werde, und sei offen gegenüber einem zentralen Beteiligungsmanagement, das diese Aspekte auch zukünftig berücksichtige.

Frau **Daniela Degen-Lesske** (Geschäftsführerin Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH) bedankt sich für die Möglichkeit der Teilnahme an der Anhörung. Die

Geschichte der Landgesellschaft M-V mbH sei bereits etwas älter, der Ursprung gehe auf das Reichssiedlungsgesetz von 1919 zurück. Dieses Gesetz habe man zur Grundlage genommen, 1991 in Mecklenburg-Vorpommern die Landgesellschaft M-V mbH als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen zu gründen. Dies finde sich auch in der Bodenrechts-Durchführungsverordnung wieder und das Land sei zu 50,5 % Mehrheitsgesellschafter. Die Gesellschaft habe 164 Mitarbeiter an vier Standorten im Land, um regional bezogen die vielfältigen Aufgaben erbringen zu können. Die sieben Fachabteilungen - Grundstücksverkehr, Agrarstruktur, Hochbau, Flurneuordnung, Vermessung, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Moorschutz und Kompensation - hätten vielfältige Leistungen im Portfolio. Zielkunden seien hier die öffentliche Hand, Landwirte, Kommunen und private Auftraggeber. Das Portfolio sei sehr breit aufgestellt, vom Flächenmanagement über Kauf und Verkauf landwirtschaftlicher Nutzflächen, aber auch Planungs- und Baubetreuungsleistungen für landwirtschaftliche und kommunale Bauten, Flurneuordnung und Vermessung, Flächenagentur, Moorschutzprojekte, ergänzt durch Klimaschutzprojekte sowie Konzepte und Planungen für erneuerbare Energien. Herr Erdmann habe bereits den Unternehmensverbund zur Landesentwicklung erwähnt, zu dem neben der Landgesellschaft M-V mbH und der LGE M-V GmbH auch die Gut Dummerstorf GmbH, die Windgesellschaft Kandelin und die Funkmasteninfrastrukturgesellschaft gehörten. Dieses breite Portfolio mache deutlich, vor welchen Herausforderungen man jetzt und in Zukunft stehe. In der bisherigen Ressortzuständigkeit beim Landwirtschaftsministerium und Innenministerium habe man die notwendige Unterstützung immer bekommen und sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Auch die Abstimmungen mit dem Beteiligungsmanagement hätten diesbezüglich sehr gut funktioniert. Dazu, wie es im künftigen Beteiligungsmanagement laufe, könne sie noch nichts sagen, man sehe aber optimistisch in die Zukunft. Für die dargestellten Tätigkeiten benötige man wirtschaftliche und agrarpolitische Sicherheiten, damit die notwendigen Investitionen erfolgen könnten. Auch die Klima- und Naturschutzprojekte seien eine Herausforderung, der man sich stellen wolle, ebenso wie der digitale Wandel. Die größte Herausforderung werde in der Suche und Findung geeigneten Personals gesehen, was zunehmend zum Problem werde.

Herr **Dr. Ait Stapelfeld** (Geschäftsführer Verwaltungsgesellschaft Lotto und Toto in Mecklenburg-Vorpommern mbH) führt aus, dass über das bestehende Sondervermö-

gen Lotterien im Land veranstaltet würden, was durch den neuen Glücksspiel-Staatsvertrag von 2021 gesichert sei, der die Privilegierung von Lotterien in den Ländern weiter ermögliche. Der Vertrieb - vorwiegend im terrestrischen Bereich - erfolge über 480 Annahmestellen, die vertraglich gebunden seien. Dadurch leiste man für die Infrastruktur einen guten Beitrag im strukturschwachen Flächenland Mecklenburg-Vorpommern. Der Online-Vertrieb sei erheblich weiter aufgebaut worden, worin er für die Zukunft das größte Potential sehe. Außerdem würden gewerbliche Spielevermittler im Online-Bereich Spielverträge vermitteln und zuspieren. Der Glücksspiel-Staatsvertrag von 2021 sei wichtig gewesen, allerdings sei eine erhebliche Ausweitung erfolgt. Grundsätzlich bestünden jetzt auch Möglichkeiten, online Automaten- und Casino-Spiele anzubieten. In Deutschland seien auch Sportwetten möglich, was die Konkurrenzsituation für die Gesellschaft fördere. Letztlich würde spielberechtigtes Publikum auch in den Online-Bereich abwandern. Insofern sei die wirtschaftliche Entwicklung sehr konservativ eingeschätzt worden. Tatsächlich habe man sich aber in den vergangenen Jahren umsatzmäßig sehr gut entwickelt, sodass man z.B. 2022 über 130 Mio. Euro Umsatz habe machen können. Bezogen auf die Einwohnerzahl würden diese 130 Mio. Euro bedeuten, dass jeder Einwohner des Landes für 80 bis 90 Euro Lotto spiele, was die Bedeutung des Spiels unterstreiche. Von den genannten Umsätzen werde nahezu die Hälfte ausgeschüttet, etwa 10 Mio. Euro gingen an Verwaltungskosten und Provisionen an die Annahmestellen und über 20 Mio. Euro würden für die Lotteriesteuer als Landessteuer generiert. Ferner werde ein Zweckertrag von 21 oder 22 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt.

Herr **Lars Bauer** (Geschäftsführer BioCon Valley GmbH) bedankt sich für die Gelegenheit, sich im Rahmen der Anhörung einbringen zu können. BioCon Valley sei das Netzwerk der Gesundheitswirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern, das es als Verein und GmbH gebe. Der Verein sei Gesellschafter der GmbH und Mehrheitsgesellschafter sei das Land Mecklenburg-Vorpommern mit rund 58 %. Man habe sich sehr früh entschieden, einen Beitrag dafür leisten zu wollen, ein kooperatives Beteiligungsmanagement im Land zu etablieren, was wichtig und notwendig sei. Dabei sollte ein Dreiklang aus der Einbeziehung des Fachressorts, der Beteiligungsverwaltung - bei der BioCon Valley GmbH das Wirtschaftsministerium und das Fachreferat Gesundheitswirtschaft - und des Finanzministeriums bestehen. In dem Prozess müssten aus Sicht seiner Gesellschaft auch die Landesgesellschaften aktiv mit einbezogen werden. Man

halte es für richtig, dass die Beteiligungen im Haus des Finanzministeriums gebündelt würden. Die Landesgesellschaften könnten dadurch sicher noch effizienter gesteuert werden. Im Umgang mit dem Beteiligungshandbuch und bei der Erarbeitung der Unterlagen sehe man noch Potential: Man erachte Quartalsberichte, Forecasts u.ä. als sehr sinnvoll. Im Sinne der Praktikabilität sei es aber auch wichtig, mit der Zeit zu gehen. Die Übermittlung der Daten sollte digital und automatisiert stattfinden. Diesen Prozess wolle man gerne unterstützen.

Aufgefallen sei ferner, dass es mit Blick auf den Unternehmenszweck, die Größe und die Branche der Gesellschaften erhebliche Unterschiede gebe. Die Frage sei, wie man an dieser Stelle eine Vergleichbarkeit erreichen könne und ob sich die Kennziffern innerhalb des Berichtes auf alle Landesgesellschaften anwenden ließen. Die BioCon Valley GmbH sei im Vergleich z.B. mit der Rostock Port GmbH oder dem Mecklenburgischen Staatstheater eine kleine Gesellschaft. Kennziffern, wie die Umsatzrentabilität oder die Material- und Personalaufwandsquote, seien für größere Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften würden, sicher sinnvoll, aber für Gesellschaften mit institutioneller Förderung, wie die BioCon Valley GmbH, und einem Ergebnis von „0“ stelle sich die Frage, wie praktikabel diese Kennziffern seien. Begrüßen würde man auch, wenn vielleicht zusätzliche Kriterien berücksichtigt würden. Bei Dienstleistern seien die Dienstleistungen das Produkt, deshalb gebe es dort ein Management von Clustern, verschiedene Zertifizierungen auf europäischer Ebene oder im Bereich des Qualitätsmanagements die Qualifizierung nach ISO 9001. Diese Kriterien würden im Handbuch nicht auftauchen, würden aber für die Qualität einer Landesgesellschaft sprechen.

Er halte es auch für wichtig, die Fachressorts, das Finanzministerium und die Landesgesellschaften in den Prozess einzubeziehen. Für Mitglieder der Aufsichtsgremien und für die Unternehmensführung sollten daher möglicherweise auch gemeinsame Schulungen angeboten werden, um die Bandbreite der Angebote kennenzulernen. Dies könnten Rechte und Pflichten sein sowie Änderungen in den Bereichen Compliance und Digitalisierung. Daher würden gemeinsame Treffen, Jahresveranstaltungen und Fortbildungen angeregt, bei denen man sich aktiv mit einbringen könne.

Herr **Manfred Baum** (Vorstandsvorsitzender Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern A.ö.R.) bedankt sich für die Einladung zur Anhörung und gibt einen Überblick über die Landesforstanstalt und zu den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen. Die Landesforstanstalt sei eine Anstalt öffentlichen Rechts und vielleicht nicht ganz mit

den privaten Gesellschaften vergleichbar. Man sei eng an das zuständige Fachressort - das Landwirtschaftsministerium - angebunden und unterliege dessen Fach- und Rechtsaufsicht. Die Landesforstanstalt erfülle gesetzliche Aufgaben, die im Landesforstaltsgesetz beschrieben seien. Dies seien vor allem die öffentlichen Aufgaben, die dem übertragenen Wirkungskreis zugeordnet würden, aber auch Aufgaben mit öffentlichem Charakter sowie der eigene Wirkungskreis mit betrieblichen Aufgaben, klassischem Forstbetrieb und Bewirtschaftung des Landeswaldes. Die Landesforstanstalt habe seit einigen Jahren relativ stabil um die 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies sei das Ergebnis eines langen Konsolidierungsprozesses, bei Gründung der Landesforstverwaltung im Jahr 1992 seien 4.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übergegangen. Bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes - dies sei eine der wichtigsten Aufgaben - stehe die Landesforstverwaltung vor großen Aufgaben, die denen der anderen Waldbesitzer entsprächen. Erhebliche Auswirkungen auf den Wald würden sich durch die Veränderungen des Klimas ergeben. Dies sei insofern von großer Bedeutung, weil man beim Wald nicht in einem überschaubaren Zeitraum von wenigen Jahren Anpassungen vornehmen könne, denn ein Baum werde immer für die nächsten 100 bis 150 Jahre gepflanzt. Die Veränderungen durch die klimatische Entwicklung seien daher erheblich für den Waldbau, den Wald und die Bewirtschaftung des Waldes aller Eigentümer im Land - man habe auch über 30.000 private Forstbetriebe, private Eigentümer und kommunale Forstbetriebe, die vor ähnlichen Herausforderungen stünden. Im Berichtszeitraum habe es eine Kalamität historischen Ausmaßes gegeben, und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern vor allem in den fichtendominierten Ländern in Deutschland, die dazu geführt habe, dass man noch heute in vielen Ländern riesige Kahlfelder habe. Der Holzmarkt sei zusammengebrochen. Inzwischen habe sich die Situation konsolidiert, wirtschaftlich spiegele sich dies auch in den Ergebnissen wider, aber dies sei ein Zeichen dafür - und diese Herausforderung könnten die Waldbesitzer im Land sicher nicht alleine lösen -, dass die Veränderungen des Klimas zu einem notwendigen Umbau und einer notwendigen Veränderung der waldbaulichen Gestaltung des Waldes führten. Dies sei mit einem erheblichen Aufwand verbunden, der über Jahre und Jahrzehnte andauern werde. Für den Landeswald gebe es ein Umbauprogramm, das seit vielen Jahren vorangetrieben werde, sich bewährt habe sowie fortgesetzt und beschleunigt werden solle. Diese Herausforderung sei eine Generationenaufgabe.

Ein zweites Thema sei die Nutzung des Waldes. Der Wald werde heute so breit von der Öffentlichkeit genutzt, wie noch nie in der Geschichte. Dies sei gut, diese Nutzung liege auch im Interesse der Forstpolitik des Landes, führe jedoch dazu, dass viele Leistungen des Waldes abgefordert würden, die für den Waldbesitzer ohne Vergütung blieben. Insofern sei es wichtig - hierzu habe das Landwirtschaftsministerium auch ein Gutachten in Auftrag gegeben -, dass die verschiedenen Leistungen des Waldes im Bereich Biodiversität, Wasserschutz, Erholung usw. einen Wert hätten, der über dem liege, was der Holzertrag sei. Nach wie vor lägen die Haupteinnahmen aber im Verkauf von Holz. Man wolle also viele Leistungen haben, bezahle aber nur das Holz. Für die nächsten Jahrzehnte sei es eine große Herausforderung, andere Instrumente zu finden, die dieser Leistungsabforderung auch entsprächen.

Herr **Hubert Ludwig** (Geschäftsführer DVZ Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH) teilt mit, dass er diese Anhörung noch als Geschäftsführer wahrnehme. Seit heute gebe es aber eine Nachfolgerin für ihn, Frau Uta Knöchel, die er hiermit vorstellen wolle.

Die DVZ GmbH habe einen sehr ausführlichen Bericht geschrieben, auf den er verweise.

Zur Entwicklung in den vergangenen Jahren führt er aus, dass die DVZ GmbH mit der IT-Branche zweistellig wachse, die 100 Millionen seien längst überschritten, man beschäftige 700 hochqualifizierte Mitarbeiter an den Standorten Rostock und Schwerin. Er leite einen übergreifenden Arbeitskreis aller Datenzentralen in Deutschland, auch die Bundesrechenzentren Österreich und Deutschland. Diese Plattform sei für die DVZ GmbH sehr wichtig, dies sei der Innovationspool, aus dem man auch die eigenen Entwicklungen speise. Man habe also einen übergreifenden Austausch und übergreifende Benchmarks mit den anderen Bundesländern, sodass man wisse, welche Dienstleistung zu welchem Preis angeboten werde. Die DVZ GmbH arbeite mit einem Anteil von 10 % auch für andere Bundesländer und betreibe eine Bewerberplattform INTERAMT, die von der Deutschen Telekom übernommen worden sei, worüber bundesweit jährlich ca. 250.000 Stellen besetzt würden. Die Plattform nutzten viele Bundesländer, denn die Personalsuche sei in Zukunft die größte Herausforderung, dies sei auch ein Problem der DVZ GmbH. Um alle IT-Leistungen abdecken zu können, müsste man eigentlich etwa um 30 bis 32 % wachsen. Man bekomme aber weder das Personal, noch sei man in der Lage, das dahinter stehende Volumen zu bewältigen. Derzeit könne ein

„großer Berg“ an Aufgaben nicht abgearbeitet werden. Dies spiegele sich darin wider, dass man Firmen vom Markt anschreibe und versuche, über ein kompliziertes Ausschreibungsverfahren Mitstreiter zu finden. Bis 2021 habe die DVZ GmbH ein Fremdleister-Volumen von etwa 1,8 Mio. Euro gehabt, heute liege man bereits bei fast 40 Mio. Euro. Mit der Bezahlung nach TV-L könne man nicht mehr „mithalten“ und verliere gutes Personal an Hamburg oder Stuttgart, wo anders bezahlt werde. Im Unternehmen müsse man über zukünftige Bezahlungsmodelle nachdenken, um in der Eigensteuerung zu bleiben. Aus seiner Sicht sei sonst die strategische Steuerung des Landes nicht mehr umzusetzen. Die DVZ GmbH befürworte das Beteiligungscontrolling, man kenne bisher die Zusammenarbeit mit der GSA, die sich darauf beschränkt habe, Zahlen zu sammeln. Der vorliegende Bericht sei nach seiner Auffassung eine gute Grundlage. Er halte viel von dem kooperativen Ansatz und davon, Gesellschafterrechte zu zentralisieren und die Steuerung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften nach einheitlichen „Spielregeln“ vorzunehmen. Als GmbH müsse man sich branchenspezifisch aufstellen. Wenn das „Korsett“ für die DVZ GmbH so eng werde, dass man nur noch Verwaltungsvorschriften zu berücksichtigen habe, wachse die GmbH nicht und vor allem verliere man den Innovationsdrang des Unternehmens, um auch in der Zukunft moderne Lösungen einsetzen zu können. Man sollte auch nochmals über die Besetzung der Aufsichtsgremien nachdenken. Wenn ausschließlich der Kunde das Aufsichtsgremium bestimme, sei die Entwicklung sehr einseitig und eine Weiterentwicklung werde verhindert. Hierüber könne man gute Experten finden, müsse aber auch Wert darauf legen, dass die Geschäftsführung aus der Branche komme und die Möglichkeit habe, die GmbH als Rechtsform zu entwickeln. Aus seiner Sicht fehle eine übergreifende Strategie in Mecklenburg-Vorpommern, was man aber mit dem Beteiligungscontrolling und im Finanzministerium mit dem internen Berater schaffen könne. Der Sinn und Zweck der Gesellschaften müsse stärker vorgegeben und die erwarteten Effekte definiert werden. Man könne nicht nur Kennziffern heranziehen, mit denen von Januar bis Dezember ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden könne, sondern man müsse andere Kriterien ansetzen. Gerade branchenspezifische KPIs würden eine Rolle spielen. Man würde gern übergreifend über die Beteiligungsgesellschaften die Berichterstattung mit den KPIs aus dem Steuerungssystem der DVZ GmbH vornehmen. Wenn man dann zusätzliche Tools einsetzen und zusätzlich händisch umsetzen müsse, werde das natürlich extrem teuer für die GmbH.

Zum Thema Nachhaltigkeit erklärt er, dass die DVZ GmbH mit 5,0 Mio. kWh im Jahr den größten Stromverbrauch in der Stadt Schwerin habe. Durch die Energiekrise gebe es eine Steigerung von etwa 200 TEUR, die man in den Preisen kalkulieren müsse, denn die GmbH sei für den Ausgleich selbst verantwortlich. Im Moment werde ein Solarpark auf dem Gelände der DVZ GmbH aufgebaut, der etwa 9,0 Mio. Euro koste, aber 400 kW Peak liefere, sodass man die Eigenversorgung an sonnigen Tagen komplett ohne Fremdeinspeisung sichern könne. Dies müsse eine GmbH natürlich über ihre Preise refinanzieren, was auch in der Zukunft eine Rolle spielen werde. Die DVZ GmbH habe hier nach seiner Auffassung einen guten Ansatz und das neu geplante Rechenzentrum könne dazu beitragen, die Energieeffizienz besser „auszuspielen“ zu können. Man werde mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium darüber nachdenken, ob das Rechenzentrum auch geöffnet werden müsse, damit die Kommunen einen 100prozentigen Zugang hätten und man einen zentralen Betrieb habe. Man könne sich sicherlich nicht mit Google oder Microsoft vergleichen, aber die Rechenzentren seien in Deutschland so stark nachgefragt, dass man, wenn man z.B. selbst 1.000 m² benötige, weitere 1.000 m² gut vermieten könnte. Da die DVZ eine GmbH sei und an der Rendite interessiert sei, könne man solche Flächen heute auch deutschlandweit vermarkten.

Bis zum Jahr 2021 habe die DVZ GmbH aus der normalen Geschäftstätigkeit ein stark positives Ergebnis erzielt. Mit dem Projekt HaVEL habe man allerdings ein Minus von 6,3 Mio. Euro gehabt, in dem Jahr habe man aber auch ein gutes Ergebnis von 4,5 Mio. Euro erzielt, sodass die GmbH in der Lage gewesen sei, Projekte anders aufzunehmen und zu steuern. Er begrüße die mit der Gründung des ZDMV angegangene Zentralisierung, glaube aber, dass die Gouvernements noch fehlen würden. Die DVZ GmbH gerate dabei „zwischen die Fronten“ von Innenministerium, Justizministerium und Finanzministerium, weil die Erwartungshaltung der Ressorts anders sei als das, was man im Moment leben könne. Er halte eine bessere Strategie für erforderlich und würde darauf setzen, dass die strategischen Vorgaben über den internen Berater des Finanzministeriums gemacht würden, auch in Bezug auf die Ausrichtung der Beteiligungsgesellschaften. Die DVZ GmbH könne die guten Preise nur halten, wenn man die entsprechende Menge habe. Insofern würde jedes Ressort, das das Bundesland verlasse, dazu führen, dass die restlichen Ressorts 25 % höhere Kosten übernehmen

müssten. Die Landesstrategie halte er für eine sehr wichtige Aufgabe, um die Steuerung in der IT-Branche zu bewältigen, aber auch für eine Möglichkeit, Effekte für das Bundesland zu erzielen.

Die Steuereinnahmen seien etwas Anderes. Mit dem Corona-Schutzfonds habe man noch die Möglichkeit gehabt, Grundvoraussetzungen zu schaffen und die Standardisierung und einheitliche Ausstattung der Ressorts umzusetzen. Aber danach sei man wieder in der Realität und die Betriebskosten stiegen in der IT-Branche jährlich. Man benötige also eine gute Strategie, mit welchem Effekt die GmbH eigentlich als Beteiligung des Landes Mehrwerte liefern solle.

Abg. **Martin Schmidt** bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Baum, dass man neben den Haupteinnahmen aus dem Verkauf von Holz auch andere Einnahmequellen brauche und fragt, ob es dazu schon konkrete Pläne gebe. Außerdem würden gemäß Presseberichten die Ziele des Agrarministeriums, jährlich 1.000 ha Wald neu zu schaffen, in den vergangenen Jahren regelmäßig nicht erreicht, wobei der Landesforst sicher eine tragende Rolle habe. Er fragt daher nach den Gründen dafür.

Herr **Manfred Baum** erklärt, die Einnahmequellen im Bereich der Landesforstanstalt und auch der anderen privaten Waldbesitzer lägen überwiegend im Holzverkauf. Es gebe andere Modelle, dazu habe das Land Vorschläge unterbreitet. Mittlerweile gebe es vom Bund veranlasste Zahlungen im Bereich des Privat- und Körperschaftswaldes, die zwar noch nicht den tatsächlichen Aufwand in diesem Zusammenhang decken würden, aber ein Teil der Lösung seien und auf Vorschlägen im Hinblick auf Ökosystemleistungen basierten, die auch das Land Mecklenburg-Vorpommern vertreten habe. Die Zahlungen seien an bestimmte Managementauflagen für den Wald gebunden und sicher ein guter Beginn. Die Landesforstanstalt bedauere, dass man aus den Zahlungen für den Privat- und Körperschaftswald als Landesforstverwaltung ausgenommen sei. Allein für den Landeswald würde es selbst bei den jetzt noch relativ geringen Zahlen um etwa 11 Mio. Euro pro Jahr gehen. Darüber, ob die Ansätze des Bundes im Hinblick auf die Vergütung der Ökosystemleistungen schon in jedem Punkt ausgereift seien, lasse sich streiten, aber dies sei ein guter Anfang. Wichtig sei, dass der Landeswald dabei zukünftig integriert werde.

Zur Frage der Erstaufforstung führt er aus, dass diese seit Jahren betrieben werde. Das Ziel gemäß Landeswaldprogramm bestehe darin, den Bundesdurchschnitt des

Waldanteils langfristig zu erreichen. Dieses Ziel werde über viele Jahrzehnte angestrebt. Die Bereitschaft zur Erstaufforstung schwanke, was auch mit dem Bodenmarkt zusammenhänge. Das Land habe zur Erstaufforstung ein großes Programm mit eigenen Landesflächen gestartet. In den vergangenen zwei Jahren seien über 1.000 ha Wald zusätzlich auf Landesflächen begründet worden. Dies sei eine sehr wichtige Maßnahme gewesen und mit eine der wichtigsten Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes des Landes, was mit erheblichen Investitionen und Auswirkungen agrarstruktureller Bedeutung verbunden sei. Es handele sich um das zurzeit größte Aufforstungsprogramm innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und um einen der wichtigsten Punkte des Klimaschutzes, denn bei Betrachtung der verschiedenen Sektoren im Bereich des Klimaschutzes seien noch große Herausforderungen festzustellen. Der einzige Bereich, der wesentlich zur CO₂-Bindung beitrage, sei in Mecklenburg-Vorpommern der Wald. Insofern spiele die Erstaufforstung weiterhin eine große Rolle. Für die nächsten Jahre seien auch die Grundsatzentscheidungen im Landwirtschaftsministerium soweit getroffen worden, dass es weiter Erstaufforstungen von Waldflächen gebe. Wenn es darüber noch mehr Anreize für den Privat- und Körperschaftswald gebe, werde dort auch wieder das Interesse und die Bereitschaft für Aufforstungen zunehmen.

Abg. **René Domke** stellt mit Bezug auf die Ziele der Landesregierung fest, dass unter den anwesenden Geschäftsführern nur eine Frau sei. - Er bedankt sich für die Einschätzungen und habe aus den Beiträgen wahrgenommen, dass sehr viel Eigenverantwortung getragen werde. Er habe nicht angenommen, dass die Situation um die Beteiligungsgestaltung im Land so schlecht sei, wie sie sei. Man habe sich bereits in der vergangenen Ausschusssitzung dazu verständigt, dass jetzt das zentrale Beteiligungsmanagement Neuerungen bringen solle. Er verweist auf die Stellungnahmen zu den gestellten Fragen, insbesondere zur Steuerung, Forecast, Strategien und die übergeordnete Strategie. Das Beteiligungsportfolio erfordere in der Steuerung natürlich viel mehr Aufmerksamkeit als es der Finanzausschuss leisten könnte. Man müsse in den Aufsichtsgremien mehr Fachlichkeit, Qualifizierung, gemeinsame Dinge usw. anbieten und sei auf einem ganz neuen Weg, den seine Fraktion auch unterstützen wolle. Der Ansatz solle nicht sein, mehr Berichtspflichten einzuführen, sondern eher, dass man zu einer vernünftigen Steuerung und Führung komme. Er stellt die Frage, die aber nur jeder für sich beantworten könne, wann das jeweilige Unternehmen das

letzte Mal eine Steuerungswirkung erreicht habe und wann vor allem strategisch gesteuert worden sei. Nach seinem Eindruck laufe dies nicht gut. Er könne mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht nicht viel anfangen. Es handele sich um Zitate aus den Jahresabschlüssen, welches Risiko für das Land aber in jeder einzelnen Beteiligung stecke und welche Bürgschaften oder wie die Verzahnung untereinander sei, könne er daraus nicht entnehmen. Das Finanzministerium habe dies auch eingeräumt und baue dies erst auf. Er bedanke sich für die ehrliche Einschätzung und Beantwortung der Fragen. Er hätte sich noch Erkenntnisse aus der Finanzwissenschaft gewünscht, wie modernes Beteiligungsmanagement in anderen Bundesländern funktioniere, was vielleicht adaptiert werden könnte. Er wolle die Gesellschaften ermuntern, gemeinsam daran zu arbeiten, künftig Verbesserungen zu erreichen.

Abg. **Torsten Koplín** hält es für beachtlich, dass der zweite Beteiligungsbericht, zu dem man sich im Landtag bereits auseinandergesetzt habe, das erste Mal in dieser Qualität vorliege und im Wissen darum, neue Wege gehen zu wollen. Er habe aus den schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen den Eindruck gewonnen, dass die Gesellschaften sehr aufgeschlossen seien, diesen Weg mitzugehen, weil dies im gemeinsamen Interesse liege, denn es handele sich gewissermaßen um das „zweite Portemonnaie“ der Menschen im Land. Die Bandbreite zeige auch, wie groß die gesellschaftliche Verantwortung sei, die man gemeinsam wahrnehme. Er danke den Anzuhörenden und speziell auch Herrn Ludwig, der in dieser Funktion das letzte Mal im Finanzausschuss sei, für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Mit Bezug auf die Ausführungen von Herrn Ludwig zu der beachtlichen Steigerungsrate bei den Fremdleistungen der DVZ GmbH fragt er, ob sich daraus nicht der Gedanke entwickeln sollte, strategisch Unternehmen aufzukaufen, um wieder zu einer besseren Fremdleistungsquote zu kommen und langfristig kostengünstiger sein zu können.

Zu den Ausführungen von Herrn Schwandt, dass mit dem Theaterpakt sehr weitreichend Vorsorge getroffen worden sei, jetzt aber krisenbedingt eine andere Situation bestehe, fragt er, ob der Theaterpakt also noch einmal überarbeitet werden sollte, weil das damalige Paket nicht über den langen Zeitraum tragen könne. Eine andere Möglichkeit wäre eine Regelung über den Haushalt mit einer Dynamisierung der Personalkosten.

Frau Degen-Lesske fragt er nach der Dimension der notwendigen Investitionen, weil die Investitionen gerade auf dem Gebiet der Landgesellschaft M-V mbH wahrscheinlich erheblich seien.

Ferner bemerkt er, dass die BioCon Valley GmbH für die Förderung und Unterstützung von Unternehmen im Life Science zuständig sei. Nach den Ausführungen von Herrn Bauer müsse man strategisch sehr vorausschauend auf sich abzeichnende Entwicklungen achten. Dem diene auch die Branchenkonferenz. Er fragt, ob es bestimmte Dinge gebe, bei denen man hinsichtlich der Entwicklung sehr aufmerksam sein und sich gut mit Ressourcen aufstellen müsse, personell wie finanziell.

Herr **Hubert Ludwig** führt aus, dass die DVZ GmbH Mitglied in der IT-Initiative Mecklenburg-Vorpommern sei, denn man brauche eine gute Branchenpräsenz im Land. Die DVZ GmbH müsse sich stärker darauf konzentrieren, Startups und andere Kompetenzen anderer Dienstleister des Landes zu nutzen. Die IT-Branche sei eigentlich eine saubere Branche, die vorhandenen Flächen im Land könnte man sehr gut einsetzen. In Mecklenburg-Vorpommern werde aber immer nur auf den Tourismus geschaut. Aus seiner Sicht könnte auch die IT-Branche mit ihren zweistelligen Steigerungsraten ein sehr interessanter Markt für die Entwicklung des Standortes Mecklenburg-Vorpommern sein. Die DVZ GmbH sei auf einer Plattform angemeldet, auf der Firmenverkäufe stattfinden würden. Man habe sich auch schon davon getrennt, alle Mitarbeiter am Standort zu haben, sondern schaue auf Firmen, die sich hauptsächlich mit dem Profil der öffentlichen Hand beschäftigten, was man gern zukaufen würde. Die Preise der Übernahme würden von 9,5 bis 25 Mio. Euro und bis zu 40 Mitarbeitern reichen, was das DVZ gut tragen könnte. Man könnte eine entsprechende Spezialisierung gut fahren.

Ferner sei die DVZ GmbH Mitglied im GUF Digital, einer Plattform, die sich aus mehreren Bundesländern zusammengeschlossen habe. Man versuche, die teuren und zeitintensiven Ausschreibungsverfahren dadurch zu konterkarieren, dass man in der Genossenschaft gemeinsame Lösungen entwickle, die alle Genossen in ihren Bundesländern nachnutzen würden. Das Problem sei eigentlich, dass dafür, wenn man bei der DVZ GmbH mit eigenen Mitteln eine Lösung erarbeite und diese z.B. ein Kollege aus Niedersachsen nutzen wolle, dieser eine Ausschreibung machen, die DVZ GmbH ein Angebot unterbreiten und die Ausschreibung gewinnen müsste. Das größte Potential sehe er darin, zu überlegen, wie man einen Pakt mit den anderen Bundesländern

schmieden könne, um in einem Land vorhandene Lösungen mit hoffentlich geringem Aufwand passfähig für die anderen Länder zu machen.

Er scheide bei der DVZ GmbH zwar als Geschäftsführer aus, bleibe dem Land aber noch in einer leitenden Funktion erhalten. Er sei auf einer europäischen Plattform aktiv, wo geschaut werde, was die einzelnen Bundesländer machen würden und wie die Fachkompetenz in den Ländern aussehe. Das Land Mecklenburg-Vorpommern gehöre nach seiner Einschätzung in das vordere Drittel, was die Umsetzung der Digitalisierung in Deutschland angehe. Man sollte stärker in den Fokus nehmen, eine andere Orientierung zu finden und nicht nur zu gucken, ob es eine IT-Strategie gebe, denn dies sei viel zu wenig und zu kurz gedacht. Die DVZ GmbH brauche nicht drei Aufsichtsbehörden, sondern man müsse übergreifend daran denken, mit dem, was man mit der Branche verdienen könne, für Steuereinnahmen zu sorgen. Dafür könne das Potential der DVZ GmbH mit 700 Mitarbeitern eine Quelle sein. Man benötige aber das Partnermodell mit allen Dienstleistern in Mecklenburg-Vorpommern.

Herr **Christian Schwandt** führt zum Theaterpakt aus, dass er bekanntlich seit 30 Jahren gegen Theaterkrisen ankämpfe. Man habe in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 immer am schlechtesten von allen norddeutschen Bundesländern dagestanden, was sich durch den Theaterpakt aber geändert habe. Im Moment sei Niedersachsen am schlimmsten dran, danach kämen Schleswig-Holstein und Bremen sowie Mecklenburg-Vorpommern, das aber schon im positiven Bereich sei, während Hamburg diesbezüglich unschlagbar sei. Mit dem Theaterpakt habe man Planungssicherheit bei der Kulturpolitik bekommen. Der Aufsichtsrat habe aber darauf hingewiesen, dass man in 2023 trotz der Mindestloohnerhöhung und trotz der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst durchkommen müsse. Das Mecklenburgische Staatstheater spiele aus diesem Grund in 2023 nicht mehr auf einer großen Bühne auf dem Alten Garten oder der Schwimmenden Wiese. Auch ein Teil der teuren Konzerte in Schloss Bothmer, Ludwigslust und Güstrow sei abgesagt worden. Aufgrund der schlechten Deckungsbeiträge mit Fachkräftemangel gastiere man auch nicht mehr so häufig. Bei Erstellung des Wirtschaftsplans habe man Ende 2022 eine Unterdeckung von 2 Mio. Euro gehabt, die man nach seiner Auffassung in 2023 vermutlich einsparen werde. Dies führe aber dazu, dass die Touristiker auf das Theater schimpfen würden, denn in Schwerin sei in den vergangenen Jahren mit großer Kunst geworben worden, was mit der derzeitigen finanziellen Ausstattung aber nicht mehr möglich sei. Der Aufsichtsrat habe erklärt,

dass man auf jeden Fall einen Nachschuss verhindern müsse und das werde jetzt so funktionieren.

Noch schwieriger seien die Theater in Vorpommern aufgestellt, denn beim Mecklenburgischen Staatstheater werde etwa ein Drittel der Beschäftigten im Mindestlohnbereich bezahlt, während dies in Vorpommern über die Hälfte sei. Die Kostensteigerungen von 25 bis 30 % seien dort daher sehr viel schärfer als in Schwerin. Aus seiner Sicht müsse sich die Landesregierung Gedanken machen, wie im Kulturbereich die Mindestloohnerhöhung für die staatlichen oder staatsnahen Institutionen ausgeglichen werden könne, denn sonst würde man praktisch in vorhersehbare Insolvenzen im Theaterbereich kommen. Im Theaterbereich würden die Krisen immer im November entstehen, weil dann das 13. Monatsgehalt gezahlt werde. Das Mecklenburgische Staatstheater werde in 2023 wahrscheinlich darüber kommen, aber ab 2024 werde es sehr schwierig.

Frau **Daniela Degen-Lesske** kann zu der an sie gerichteten Frage keine pauschale Auskunft geben, weil dies immer vom Flächenumfang und von den durchzuführenden Maßnahmen abhängt. Sie könne beispielhaft das Paludi-Pilotprojekt vorstellen, wo man auf 900 ha Fläche über einen Zeitraum von zehn Jahren pilothaft die Paludi-Kulturen erforschen wolle, also Flächenausstattung und Anbau, inklusive Verwertung. Dafür stehe eine Förderung des Bundesumweltministeriums von knapp 12 Mio. Euro zur Verfügung.

Herr **Lars Bauer** führt aus, dass die Gesundheitswirtschaft im Land und in Deutschland eine krisenfeste Branche sei. 6,5 Mio. Euro Bruttowertschöpfung würden bedeuten, dass jeder siebente Euro der Bruttowertschöpfung im Land auf die Gesundheitswirtschaft zurückgehe und jeder fünfte Beschäftigte im Land mit der Gesundheitswirtschaft verbunden sei. Dies liege sicher auch daran, dass die Gesundheitswirtschaft im Land sehr breit aufgestellt sei, von Life Science über die Gesundheitsdienstleistungen, das Gesundheitswesen, den Bereich gesundes Altern und den Gesundheitstourismus bis zur Ernährung für die Gesundheit. Dies sei eine anerkannte Definition des Bundes. So breit wie die Gesundheitswirtschaft aufgestellt sei, seien auch die Herausforderungen. Ein Thema sei dabei die Fachkräftegewinnung, aber auch bei Medizintechnikunternehmen und in den Bereichen Ernährung und Life Science stehe man vor besonderen Herausforderungen. Die Digitalisierung spiele ebenfalls eine große Rolle, wie

auch die Versorgung im ländlichen Raum und der Umgang mit der alternden Bevölkerung. Diese Herausforderungen müsse das Land bewältigen.

In Bezug auf das Thema Personal bemerkt er, dass die BioCon Valley GmbH zum Teil institutionell gefördert werde, sodass sich für die Geschäftsführung auch die Frage stelle, welche Arbeitsverträge mit Beschäftigten man schließen könne, Jahres- oder unbefristete Verträge. Ein Unternehmen, das unbefristete Arbeitsverträge abschließen könne, sei dann schon im Vorteil. Mit diesen Herausforderungen müsse man umgehen. Deshalb bitte er darum, dass seitens der Landesregierung bezüglich der Fachkräfte auch auf die Landesgesellschaften geschaut werde, die das Land gut vertreten sollten, und die eigenen Leute im Land gestärkt würden.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** fragt, womit die LGE M-V GmbH ihr Geld verdiene und mit wem auf dem Markt konkurriert werde. Ferner möchte sie wissen, wie das Kümern um die Baukultur in einem Netzwerk funktioniere.

Herr **Robert Erdmann** erklärt, dass die LGE M-V GmbH zwei Geschäftsbereiche habe, einerseits die Stadterneuerung, wo man vor allem als Dienstleister aktiv sei und Kommunen in der Altstadterneuerung, in der behutsamen Stadterneuerung und vor allem im Stadtumbau unterstütze. Weitere Opportunitätsgeschäftsfelder seien konzeptionelle Themen, integrierte Stadt-Entwicklungskonzepte, die man gemeinsam mit Stadtplanern erarbeite, Partizipationsaufgaben im Sinne von Bevölkerungsbeteiligung und Quartiersmanagement. Dies seien reine Dienstleistungsaufgaben und man stehe hier im Wettbewerb mit anderen im Land aktiven Kollegen. Es gebe ferner kommunale Gesellschaften, wie in Rostock oder Neubrandenburg, die zum Teil auch private Gesellschafter inne hätten. Dies seien also quasi die Mitbewerber am Markt.

Der zweite Geschäftsbereich sei die Flächenentwicklung. Die LGE M-V GmbH unterstütze Kommunen in der Siedlungsentwicklung, entweder eigengeschäftlich oder im Auftragsgeschäft im Treuhandverfahren. Im Idealfall handele es sich um vorgenutzte Flächen, die man im Sinne der Flächenschonung gerne bebaue, oder integrierte Lagen, d.h. städtebaulich eingebettete Lagen, die durch eine gute Infrastruktur entsprechend erschlossen seien. Man versuche, die Entwicklung peripherer Lagen zu vermeiden. Mit der Flächenentwicklung verdiene die LGE M-V GmbH im Wesentlichen mehr Geld als im Dienstleistungsgeschäft, das aber wiederum für die Kommunen sehr wichtig sei, weil es um temporäre Aufgaben gehe, die kleinere Stadtverwaltungen, aber auch größere Städte häufig nicht leisten könnten. Das Thema Baukultur sei damit eng

verbunden. Er sei darüber hinaus auch ehrenamtlich als Vizepräsident der Architektenkammer engagiert, sodass es in diesem Bereich einige Überschneidungen gebe. Das Land Mecklenburg-Vorpommern habe vor vielen Jahren einen Beschluss zur Förderung der Baukultur mit dem Ziel gefasst, die Tradition des Bauens in Mecklenburg-Vorpommern - angefangen bei den Hansestädten mit der Backsteingotik, über die Bäderarchitektur und die Schlösser- und Gutshauslandschaft - fortzusetzen, auch in einer modernen guten Architektur mit einem Städtebau. Dazu sei die Initiative Baukultur gegründet worden. Die wesentlichen Träger seien die Architektenkammer und die Ingenieurkammer gewesen, aber auch andere Akteure seien zur Mitwirkung eingeladen worden. Die LGE M-V GmbH habe sich dort eingebracht und darüber hinaus in einem Forschungsprojekt des Bundes untersucht, inwieweit es möglich sei, für die klassischen Eigenheimquartiere auch baukulturfördernde Maßnahmen umzusetzen, allerdings mit einem ernüchternden Ergebnis. Darüber hinaus engagiere sich die LGE M-V GmbH bei kleineren Formaten. So habe man z.B. mit der Stadt Schwerin die Architekturfilmtage gegründet und sei auf vielfältige Weise aktiv, weil Bauen und Baukultur ein wesentliches Anliegen sei, das auch stark mit der inhaltlichen Arbeit der Gesellschaft verknüpft sei.

Abg. **Dr. Harald Terpe** stellt bezüglich der Landesforstanstalt fest, dass die Ökosystemleistung im Laufe der Zeit das zweite „Standbein“ werden könnte. Er bittet um eine Einschätzung der Nettobilanz des Waldes im Land, wobei man vermutlich nicht die Bäume zählen, sondern im Grunde die CO₂-Bindungskapazität erfassen könne. Er fragt, ob dies eher im Aufbau begriffen sei und eine Negativbilanz bestehe. Bezüglich der genannten Zusammenarbeit im Netzwerk mit den privaten und sonstigen Waldbesitzern fragt er, ob dies so weit gehe, dass auch gemeinsame Aufforstungspläne erstellt würden, bzw. worauf sich die Zusammenarbeit beziehe.

Herr **Manfred Baum** erklärt zur Wirkung des Waldes im Rahmen des Klimaschutzes, dass die Wälder im Land etwa 8,6 Tonnen CO₂ pro Jahr und Hektar binden und damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz beitragen würden. Insgesamt sei eine Zunahme der Kohlenstoffvorräte in den Wäldern festzustellen. Im Moment laufe die Auswertung der neuen Bundeswaldinventur, bei der letzten Inventur habe es eine deutliche Zunahme der Vorräte im Land gegeben. Er gehe davon aus, dass auch in den letzten zehn Jahren noch eine Zunahme zu verzeichnen sein werde. Die große Bedeutung der Erstaufforstung bestehe darin, dass zusätzliche Flächen langfristig

CO₂ binden könnten. Dabei dürfe man aber nicht vergessen, dass nicht nur der Wald an sich eine CO₂-Bindefunktion habe, sondern dass auch das Holzprodukt selbst bei Verwendung für bauliche Maßnahmen eine langfristige Bindung habe, und dass Holz Baustoffe substituieren, die eine wesentlich negativere CO₂-Bilanz hätten. In der Konzeption sei die Erweiterung und der Ausbau der Holzbauquote ein wichtiger Punkt für den Klimaschutz. In den vergangenen Jahren sei der Wald sehr nachhaltig bewirtschaftet worden und man habe höhere Vorräte als vorher, aber auch eine Nutzung, die zur Substitution von anderen Produkten beitragen könne.

Zur Frage der Zusammenarbeit führt er aus, dass es z.B. Forstbetriebsgemeinschaften gebe, die freiwillige Zusammenschlüsse bildeten. Die Landesforstanstalt habe auch Beförsterungsleistungen im Angebot, die kostendeckend und entgeltlich erbracht würden. Die Landesforstanstalt habe per Gesetz die Aufgabe, den Privat- und Körperschaftswald zu beraten, was keine Betriebsberatung sei, sondern eine betriebliche Aufgabe zur fachlichen Beratung der Waldbesitzer zum Umgang mit dem Wald. Es gebe im Land über 30.000 Forstbetriebe, wenn man die Eigentümergemeinschaften insgesamt sehe, sei mit rund 45.000 Waldbesitzern zu rechnen, von denen die wenigsten forstlichen Sachverstand hätten und auf eine fachliche Beratung angewiesen seien. Im Bereich der Betriebsberatung, wo sich die Landesforstanstalt etwas zurückhalte, gebe es auch private Berater. Im Bereich der Officialberatung bestehe aber die Möglichkeit der Einflussnahme. Die Landesforstanstalt wirtschaftete nicht mit anderen zusammen, aber biete Beförsterungsleistungen an. Im Moment habe man auch zahlreiche private und körperschaftliche Waldbesitzer vertraglich gebunden, für die man im Auftrag der Eigentümer die Bewirtschaftung fachlich korrekt durchführe. Es gebe also unterschiedliche Formen und Ebenen. Für wichtig halte er die fachliche Beratung sowie die finanzielle Förderung, auch die Bewilligungsbehörde sei Teil der Landesforstanstalt, wenn es um forstliche Förderung gehe.

Abg. **René Domke** bemerkt, dass er gerade festgestellt habe, dass das Beteiligungshandbuch jetzt online gestellt worden sei, was bisher nicht der Fall gewesen sei. Insofern bezieht er sich auf die Aussage von Herrn Scharner, dass das Beteiligungshandbuch an sich nicht genug Flexibilität biete, um z.B. Beteiligungen einzugehen. Er fragt die Anzuhörenden insgesamt, wo noch Verbesserungsbedarf für das Handbuch gesehen werde. Wenn das Handbuch vorher vorgelegen hätte, hätte er sich für die Anhörung besser auf diese Dinge vorbereiten können.

Herrn Schwandt bittet er zudem um Beantwortung der Frage der Dynamisierung, wobei Mindestlohnanpassung und Tarifsteigerungen eine Rolle spielten, aber auch Energie u.ä. Er fragt, ob beim Theaterpakt Indizes vereinbart worden seien oder ob die Dynamisierung versäumt worden sei, worin möglicherweise eine Lösung liege, um nicht lange nachverhandeln zu müssen.

Ferner sei die Fachkräftesicherung offenbar in den meisten Bereichen ein Thema, natürlich mit sehr unterschiedlichen Qualifikationen. Aber dafür könne das Land auch eine einheitliche Strategie für die Gesellschaften des Landes „fahren“, genauso könnte ein Cash-Pooling oder zumindest eine Unterstützung beim Kapitaldienst möglich sein. Er fragt, ob es hierzu Überlegungen bei den Gesellschaften gebe oder ob ihnen dies zu weit gehen würde.

Herr **Jens A. Scharner** bittet darum, seine Äußerung so zu verstehen, dass mit dem Beteiligungshandbuch und dem Portfolio des Landes klar sei, dass es ganz unterschiedliche Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Ausrichtungen vom Kulturbereich bis zur Daseinsvorsorge und kritischen Infrastruktur gebe. Bei dem sehr weiten Portfolio fehle ihm bei erster Betrachtung der strategische Ansatz eines Portfoliomanagements des Landes. Er sehe dies nicht als Kritik, sondern als einen Prozess, der jetzt gestartet sei. Er empfehle, eine gewisse Nachsteuerung einzuführen, wohin man als Land strategisch kommen wolle. Man könne z.B. mit einer Landesbeteiligung an der Rostock Port GmbH natürlich Industriepolitik gestalten, ebenso wie in anderen Bereichen Ansiedlungspolitik für IT-Dienstleistungen. Dabei werde es nach seiner Auffassung hilfreich sein, sich über die mit der Gesellschaft verfolgten strategischen Ziele zu verständigen. Dies würde den Gesellschaften auch helfen, stärker auf diese Geschäftsfelder zu schauen, um gerade mit dem Backing der Gesellschaft diese Ziele zu erreichen. Dies könnten durchaus Vorgaben sein, die auch praktiziert werden sollten. Das Beteiligungshandbuch des Landes gehe aus seiner Sicht auch in einem weiteren Punkt etwas zu kurz - auch hier sei man in einer Besonderheit. Aber an der Diskussion in Mukran werde z.B. deutlich, dass das über den Fokus des Landes hinweggehe. Man schaffe auch Dienstleistungen für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt bezüglich der Energieversorgungssicherheit. Auch für diese speziellen Fälle sollte es einen anderen Fokus geben, als z.B. für BioCon Valley mit einem starken Fokus auf die Gesundheitswirtschaft. Insofern halte er eine differenzierte Betrachtung für hilfreich. Dies

könnte man in einem Portfoliomanagement der Beteiligungen des Landes in gewisser Weise strukturieren und in die Diskussion mit den Gesellschaften einbringen.

Zu der Frage der Fachkräfte empfinde er die momentanen Diskussionen als schwierig. Auch die Rostock Port GmbH habe natürlich ein Fachkräfteproblem. Wenn man aber konstatiere, dass in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2035 30 % der Beschäftigten in den Ruhestand gehen bzw. ausscheiden würden, sollte man sich eher Gedanken über eine Initiative machen, um die fehlende Ressource des Personals, die man wahrscheinlich nicht in kurzer Zeit kompensieren könne, durch Digitalisierungslösungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu begegnen. Man sei hier offen, mit anderen zusammenzuarbeiten, denn nur mit einer Fachkräftegewinnungsstrategie würden alle „im selben Teich fischen“, was schwierig wäre. In der Planung seiner Gesellschaft gehe man davon aus, dass man 2035 30 % weniger Beschäftigte habe. Entsprechend versuche man auch, zu strukturieren. Diese Realität könne auch über eine zentrale Steuerung im Beteiligungsmanagement entsprechend fokussiert werden.

Herr **Christian Schwandt** stellt klar, dass es beim Theater keinen Fachkräftemangel gebe. Es gebe also immer weniger Fachkräfte, aber immer mehr Künstler. Das Statistische Bundesamt habe für 2018 1,1 Mio. Künstler erhoben und aktuell gebe es 1,3 Mio. Künstler. Diese Entwicklung hänge zum Teil damit zusammen, dass durch Einwanderung aus der Ukraine, aus den baltischen Staaten und Russland Künstler in Größenordnungen nach Deutschland kämen, aber auch aus Asien.

Zum Theaterpakt erklärt er, dass es eine 2,5prozentige Erhöhung pro Jahr gebe, was für das Mecklenburgische Staatstheater etwa 500 TEUR bedeute. Diese Erhöhung um 2,5 % sei im September 2019 eine gute Zahl gewesen, etwas besser als in Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Häuser seien zu dem Zeitpunkt wirklich gut finanziert gewesen. Jetzt habe man die Mindestloohnerhöhung und beschäftige sehr viele Leute im Mindestlohnbereich. Hinzu komme die Erhöhung des TVöD und der TV-L werde irgendwann folgen. Mit dem TVöD sei eine steuerfreie Zahlung für 2023 vorgesehen, was letztlich eine Sparpolitik der Arbeitgeber sei. Ab 01.03.2024 würden sich die Gehälter nach TVöD in den unteren Lohngruppen um 16 % erhöhen und in den hohen Lohngruppen um 8 %. Dies werde eine Herausforderung sein, die praktisch kein Haus vernünftig schultern könne. Da man aber die unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen habe - in Neubrandenburg/Neustrelitz, Greifswald/Stralsund und Rostock komme jeweils die Hälfte des Zuschusses vom Land und von den Kommunen, Anklam habe

noch eine Sonderlösung -, könne man hier keine Prozentzahlen nennen, sondern wenn das erkannt werde, müsste dies aus seiner Sicht vom Kultusministerium und vom Finanzministerium individuell mit den jeweiligen Häusern ausgehandelt werden, weil es sonst einfach ungerecht wäre. Nach seiner Auffassung sei es wichtig, zu schauen, wie viel Prozent des Personals in der jeweiligen Kulturinstitution im Mindestlohnbereich vergütet würden, weil dieser Bereich massiv erhöht worden sei, was zu entsprechend höheren Kosten führe.

Abg. **Martin Schmidt** fragt Herrn Schwandt nach der Struktur der Mitarbeiter, die im Mindestlohnbereich beschäftigt würden. Außerdem möchte er wissen, ob der in Rostock geplante Neubau zu Überlegungen der anderen Theater bezüglich der Betroffenheit durch den Wettbewerb geführt habe.

Herr **Christian Schwandt** teilt mit, dass es sich bei den Mitarbeitern um Reinigungspersonal, Pförtner und Einlasskräfte handele. Die Einlasskräfte seien typischerweise Personen, die aus ihrem bisherigen Berufsleben ausgeschieden seien und die letzten zehn Jahre noch als Einlasskräfte arbeiten würden. Die jungen Sänger und Schauspieler hätten bis zum 01.09.2022 etwa 2.000 Euro verdient, was seit 01.01.2023 in drei Stufen auf 2.750 Euro erhöht worden sei, nach zwei Jahren Beschäftigung auf 2.900 Euro. Dies entspreche also fast einer Erhöhung um 50 %. Andererseits befänden sich z.B. die Theater in Halberstadt, Quedlinburg und Nordhausen damit bereits hart an der Insolvenzgrenze, die Städte wollten nicht mehr die Ausgleichspflicht für diese Häuser übernehmen.

Über den Neubau des Theaters in Rostock werde bereits seit 1990 gesprochen und dies werde vermutlich auch noch länger so sein. Für das Mecklenburgische Staatstheater könne er sagen, dass man die drei Bauten in diesem Jahr durchgezogen habe. Er empfehle z.B. unbedingt den Besuch des charmanten Theaters in Parchim, ein Haus, wie man es sonst nur in Luzern, Grenoble oder Solothurn erlebe. Hinzu komme die M-Halle in Schwerin und der Orchesterprobenraum. Dies habe vernünftig funktioniert und sei einfach nötig gewesen, weil man zum Teil Arbeitssicherheitsbedingungen gehabt habe, die sich seit der Wende nicht verbessert hätten. In Schleswig-Holstein hätte man diese Bedingungen z.B. nicht durchgehen lassen. Er sei froh, dass dies inzwischen ohne Unfall vernünftig habe abgeschlossen werden können, wobei man im Übrigen auch im Etat geblieben sei. Der Neubau des Theaters in Rostock stehe an. Wenn

dies sehr viel früher erfolgt wäre, wäre es auch deutlich preiswerter gewesen. Dies sei jedoch ein Rostocker Problem, zu dem er sich nicht äußern wolle.

Abg. **Dr. Sylva Rahm-Präger** fragt Herrn Scharner bezüglich des genannten IPSEI-Projektes und der Wasserstoffstrategie, ob man dabei mit Yara zusammenarbeite bzw. eine Kooperation geplant sei. Für die Wasserstoffproduktion werde eine Wasserentsalzungsanlage benötigt, die z.B. in Bentwisch geplant sei und nach ihrer Information auf Kosten von 80 Mio. Euro geschätzt werde.

Da man für die Vernässung jetzt Landesflächen aus der Verpachtung nehme, sodass dem Land Pachteinahmen verloren gingen, fragt sie Frau Degen-Lesske, ob es möglich sei, dies möglicherweise über Ausgleichsmaßnahmen für das Land ausgleichen zu können. Bezüglich der Paludi-Kulturen gebe es das Moorzentrum in Greifswald, die Moorprofessur und die Landesanstalt, die sich ebenfalls damit befasse, sowie die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR). Hierzu möchte Sie wissen, ob dies alles bei der Landgesellschaft M-V mbH „verzahnt“ sei.

Herr **Jens A. Scharner** führt aus, dass das IPSEI-Projekt in Rostock das Projekt Wasserstoffproduktion sei, ursprünglich mit fünf Gesellschaftern, u.a. auch Yara. Yara habe in dem Prozess aber kurzfristig - einen Monat vor der finalen Abgabe der Unterlagen an den Bund - den Ausstieg aus dem Projekt mitgeteilt. Dies sei eine sehr kritische Phase gewesen. Die anderen vier Gesellschafter hätten aber erklärt, dass man das Projekt auch nach dem Ausstieg von Yara aus strategischer und aus wirtschaftlicher Sicht für so bedeutend für das Land halte, dass man weitermache. Man sei aber nach wie vor mit Yara verbunden, weil Yara ein Kunde sei und man auch einige andere strategische Projekte zusammen mit Yara am Standort realisieren wolle. Insofern sei Yara assoziierter Partner und in einem Beirat mit eingebunden, wo Yara zu Fragen begleite, die in der Wertschöpfung über das Projekt hinausgingen, wovon auch Yara partizipieren könne.

Zum Wasser-Thema bemerkt er, dass dieses im Land immer zentraler werde. Verschiedene Industrieansiedlungen hätten einen hohen Wasserbedarf. Derzeit gebe es immer noch Bereiche mit Absenkung des Wasserspiegels. Wasser werde ein entscheidender Rohstoff der Zukunft sein. Man habe gewisse Ressourcen im Land, die eingesetzt würden, sehe aber auch, dass in Zukunft Herausforderungen mit dem Thema Wasser verknüpft würden. Aus dem Rostocker Umland sei bekannt, dass gewisse An-

siedlungen nicht hätten realisiert werden können, obwohl bestimmte Standortvoraussetzungen erfüllt worden seien, weil das Thema Wasser nicht gelöst sei. Ihm sei nicht bekannt, auf welcher Ebene der kommunalen Struktur das Thema angegangen werde, aber es sei relevant. Für die Küstenstandorte sei die Meerwasserentsalzungsanlage eine Option, was aber umso schwieriger werde, je tiefer man in das Land hineingehe. Für die Küstenbereiche wäre eine Meerwasserentsalzung aber eine technische Option der Lösung, ob sich dies wirtschaftlich darstellen lasse, müsse im Einzelfall untersucht werden.

Frau **Daniela Degen-Lesske** erklärt, sofern man Landesflächen für die Aufforstung abgebe, gebe es dafür keine Ausgleichszahlungen, diese gingen dann aus der Verwaltung bei der Landgesellschaft M-V mbH raus. Gleiches gelte momentan für Flächen für Moorschutzprojekte oder dergleichen. Deshalb bestehe das Ziel, alternative Bewirtschaftungen zu etablieren. Die Vernässung von Flächen sei das eine, aber die Flächen sollten nicht nur vernässt und aus der Bewirtschaftung genommen werden, sondern das Ziel gehe dahin, noch eine künftige Bewirtschaftung sicherzustellen. Wenn man z.B. vernässstes Grünland für Tierhaltung nutzen könne, könne man dafür noch Pachtzahlungen in gewissem Umfang vereinbaren. Deshalb gebe es auch das Paludi-Projekt, um den Landwirten Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man mit vernässsten Flächen den Anbau gewisser Produkte betreiben könne. Allerdings werde man auch nicht alle vernässsten Flächen für die Tierhaltung vorsehen können. Man sei also daran interessiert, Alternativen zu schaffen und in die Beratung mit aufzunehmen. Das Paludi-Projekt sei übrigens ein Kooperationsprojekt zwischen der Landgesellschaft M-V mbH und der Universität Greifswald, also dem Moorzentrum, und man kenne auch die handelnden Akteure bei der FNR, wo ein Austausch stattfinde. Man arbeite also nicht aneinander vorbei.

Stellv. Vors. **Enrico Schult** hat zwei Fragen als Abgeordneter an Herrn Dr. Stapelfeld und Herrn Schwandt. Das Land habe mit einer hohen Inflationsrate zu kämpfen. Er fragt daher, ob bei Lotto und Toto bzw. beim Theater ein Rückgang der Kundennachfrage zu verzeichnen sei, zumal bei den Bürgern immer weniger Geld zur Verfügung stehe.

Herr **Dr. Ait Stapelfeld** erläutert, dass seine Gesellschaft für die nächsten Jahre sehr konservativ geplant habe. Allerdings sei auch in den Corona-Jahren die Spielfreude

der Spielteilnehmer im Land exorbitant gewesen, wie auch in anderen Bundesländern. Man habe keinen Umsatzrückgang verzeichnet, sondern der Umsatz sei in den letzten Jahren sogar noch gestiegen. Dementsprechend habe man für 2023 und 2024 aufgrund der Inflation, der Steigerung der Energiekosten usw. eingeschätzt, dass der Umsatz zurückgehe, der aber auch im ersten Halbjahr 2023 noch in allen Lotterie-Bereichen sehr gut gewesen sei. Wie die Entwicklung künftig sein werde, könne er nicht sagen. Die Problematik der Online-Spielangebote werde aber immer größer. Auch bei den Soziallotterien gebe es große Herausforderungen im Wettbewerb. Die Postcode-Lotterie sei sehr stark unterwegs, aber auch andere Lotterie-Bereiche, wie Sportwetten, würden größer. Insofern befürchte er, dass die Lotterien „Federn lassen“ müssten, was bedeute, dass weniger Erträge an Lotteriesteuer und im Rahmen der Zweckerträge an das Land gehen würden.

Herr **Christian Schwandt** führt aus, dass sich die Zuschauerzahlen durch Corona massiv verringert hätten. In 2020 habe man 35.000 Besucher gehabt, in 2021 45.000, in 2022 98.000. In 2023 werde man etwa 125.000 Besucher haben, wobei man auch 140.000 bis 150.000 Besucher haben könnte, wenn nicht die sehr teuren Veranstaltungen abgesagt worden wären, weil man hier nach Deckungsbeitragsrechnung vorgehe. Es gebe 500 Veranstaltungen, für die geprüft werde, welche Veranstaltungen besonders schlechte Deckungsbeiträge hätten - dies seien z.B. die Konzerte in Schloss Bothmer und Ludwigslust. Sofern dies voraussehbar sei, würden solche Veranstaltungen daher abgesagt. Man habe ein sehr breites Angebot. Die Eröffnungsveranstaltung im Theater Parchim sei beispielsweise 13 Mal hintereinander ausverkauft gewesen, was sich noch bis in den September/Oktober ziehen werde. Parchim sei normalerweise zwar kein Zentrum der mecklenburgisch-vorpommerschen Kulturpolitik, ziehe aber jetzt Leute in das neue Theater, das alle sehr interessant fänden. Gleichzeitig sei z.B. im Moment das Ballett in Schwerin zeitweise wahrscheinlich so gut, wie das Hamburger Ballett, man werde zu sehr guten Veranstaltungen eingeladen und das Publikum nehme dies voll an. Auch zu normalen Veranstaltungen kämen beim vierten/fünften Mal noch 500 Leute nach Schwerin in das Ballett, was es schon lange nicht gegeben habe. Wenn man ein gutes Programm anbiete, werde dies auch vom Publikum angenommen. Schwerin sei eine Theaterstadt und werde es aus seiner Sicht auch bleiben.

Stellv. Vors. **Enrico Schult** stellt fest, dass es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gebe. Er bedankt sich namens des Ausschusses für die Ausführungen und Informationen der Anzuhörenden und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:17 Uhr

De.
(De.)

P. Helber



Enrico Schult
Stellv. Vorsitzender